

▶ Kolumne
▶ Aktuelles aus dem Europäischen Parlament
Seite 1

▶ Präsident sucht Rat
Seite 2
▶ Steuerbetrug bekämpfen
Seite 3

▶ Aufgelesen
▶ Wegweiser Europa
▶ Termine
▶ Impressum
Seite 4



Expertenkonferenz in Wien über das Europa 2020: Christa Peutl vom österreichischen Bundeskanzleramt, MdEP Evelyne Gebhardt und der Generaldirektor eines österreichischen Energiekonzerns.

Liebe Leserin, lieber Leser,
der so genannte Lissabon-Prozess, der Europa in eine gute Zukunft führen sollte, ist gründlich daneben gegangen. Aus dem stärksten Wirtschaftsraum der Welt wurde bis 2010 nichts. Schuld daran ist nicht nur die Währungs- und Wirtschaftskrise.

Jetzt kommt ein neuer Anlauf. „Agenda 2020“ nennt sich das Rezeptbuch der Europäischen Kommission für die Entwicklung im nächsten Jahrzehnt.

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament werden entschlossen mitkochen, um einen Gleichklang der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu erreichen. Mit der Verteilung der Gewichte in dieser Reihenfolge. Nur dann steht der Mensch im Mittelpunkt und nicht die Kälte des Marktes.

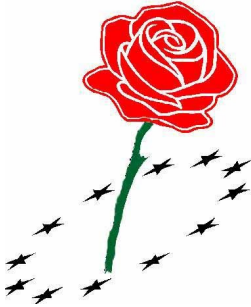
Endlich frischer Wind in der Diskussion über europäische Verbraucherrechte

Die Europäische Kommission erhielt eine deutliche Absage für ihr Vorhaben der Vollharmonisierung von Verbraucherrechten in der Europäischen Union. In einer Anhörung des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments stellten sowohl nationale Parlamentarier als auch Europaabgeordnete klar, dass der von der Kommission vorgelegte Richtlinienentwurf so auf keinen Fall angenommen werden könne.

„Ziel muss sein, Europas Verbraucherinnen und Verbrauchern auch künftig ein Höchstmaß an Schutz zu gewähren“, sagte die SPD-Abgeordnete und Schattenberichterstatterin für den Richtlinienentwurf Evelyne Gebhardt. Die Sozialdemokratin hält dieses Ziel nicht für erreicht und forderte daher die zuständigen EU-Kommissare Viviane Reding und John Dalli auf, die Verbraucherschutzrichtlinie grundlegend zu überarbeiten.

Der vorliegende Text bedeute eine weitreichende Aushöhlung bestehender nationalstaatlicher Verbraucherschutzregelungen und widerspreche den unterschiedlichen Ausprägungen und Traditionen im Verbraucherrecht der Mitgliedsstaaten. „Meine Fraktion hält daher am Konzept

(Fortsetzung auf Seite 2)



Evelyne Gebhardt, MdEP

Nr. 3/2010, 4. März 2010



(Fortsetzung von Seite 1)

des gemischten Harmonisierungsansatzes fest. Nur Schritt für Schritt können wir prüfen, in welchen Bereichen des Verbraucherschutzes eine vollständige Harmonisierung möglich und sinnvoll ist“, betonte Evelyne Gebhardt.

Evelyne Gebhardt unterstrich in der Diskussion auch die wichtige Rolle von Verbraucherschutzorganisationen, die weiterhin gemeinsam mit den nationalen Regierungen flexibel auf spezielle Verbraucherbedürfnisse reagieren wollen. „Der jetzige Entwurf nimmt den Nationalstaaten den im Verbraucherschutz zwingend notwendigen Gestaltungsspielraum“, kritisierte die SPD-Politikerin. Er müsse daher so umgeschrieben werden, dass das fertige Gesetz den Verbraucherinnen und Verbrauchern entgegenkommt, ohne die Interessen der Anbieter zu schmälern.

Neuer Auftrag von Präsident Sarkozy

Wie kann Frankreich die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise bewältigen? Diese Frage hat der französische Präsident Nicolas Sarkozy der Europaabgeordneten Evelyne Gebhardt und seiner Wirtschafts-Beratergruppe gestellt.

Die so genannte Attali-Kommission, der die SPD-Abgeordnete aus Muldingen (Hohenlohekreis) seit drei Jahren angehört, soll bis Mai Vorschläge ausarbeiten.

Evelyne Gebhardt ist in diesem hochrangigen Kreis von Präsidentenberatern aus Wirtschaft und Wissenschaft die einzige aktive Politikerin. Sie gilt als Experte für das Zusammenführen

der Interessen von Wirtschaft und Arbeitnehmern.

„Auch wenn die Pariser Regierung unsere mehr als 300 Punkte umfassenden ersten Vorschläge für die Modernisierung der französischen Wirtschaft noch nicht vollständig abgearbeitet hat, freue ich mich über den neuen Auftrag des Präsidenten“, erklärte die Abgeordnete am Rande der Plenartagung des Europäischen Parlaments in Straßburg.

Evelyne Gebhardt: „Ich werde mich dafür stark machen, dass Frankreich gemeinsam mit den europäischen Nachbarn Wege aus der Krise findet, die uns raffgierige Casino-Kapitalisten eingebrockt haben. Und ich werde zeigen, dass diese Wege nur zusammen mit den arbeitenden Menschen zu bewältigen sind und nicht allein mit den Predigern der ungezügelten Märkte. Präsident Sarkozy lässt in dieser Hinsicht bereits gute Ansätze erkennen“.

Die Attali-Kommission, der auch der Mailänder Universitätspräsident und frühere EU-Kommissar Mario Monti sowie die Weltbank-Vizepräsidentin und frühere Europaabgeordnete Anna Palacio angehören, wird sich intensiv mit dem neuen Auftrag beschäftigen. Selbst der Karfreitag steht als Arbeitstag im Terminkalender.

Wirtschaftsausschuss macht Druck

Der Wirtschafts- und Währungsausschuss des EU-Parlaments macht bei der Finanztransaktionssteuer Druck. Mit deutlicher Mehrheit haben die Ausschussmitglieder die EU-Kommission aufgefordert, verschiedene Optionen zur Besteuerung von finanziellen Transaktionen zu prüfen. "Die EU-

Kommission hat die Entwicklung bei der Finanztransaktionssteuer viel zu lange von der Zuschauertribüne aus beobachtet. Es wird höchste Zeit, dass Europa eigene Konzepte entwickelt und sich aktiv an der Diskussion beteiligt", stellte der SPD-Europaabgeordnete und Fraktionssprecher für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Udo Bullmann, fest.

Die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten sowie der EU hatten eine Finanztransaktionssteuer in Betracht gezogen, um die Finanzmärkte wieder stärker in den Dienst von Wirtschaft und Gesellschaft zu stellen. "Dabei darf sich aber niemand hinter den USA oder anderen Staaten verstecken. Wenn es nicht gelingt, eine Transaktionssteuer auf globaler Ebene einzuführen, muss Europa notfalls allein handeln. Mit 500 Millionen Menschen hat der europäische Binnenmarkt eine Größe, an der niemand vorbeikommt", betonte Bullmann.

Selbst eine geringe Steuer in Höhe von 0,01 oder 0,05 Prozent kann nach Ansicht von Experten zu erheblichen Einnahmen führen. Allein für Deutschland sagen Prognosen Mehreinnahmen in Milliardenhöhe voraus. "Es ist nicht einzusehen, warum die Steuerzahler für die Folgen der Krise gerade stehen sollen. Schuld tragen schließlich die Finanzmarktakteure. Daher ist es recht und billig, wenn sie mittels einer Finanztransaktionssteuer zur Kasse gebeten werden", stellte Bullmann klar. Gleichzeitig trage die Finanztransaktionssteuer dazu bei, kurzfristige Spekulationen zu verteuern und so die Stabilität der Finanzmärkte zu erhöhen.

(Fortsetzung auf Seite 3)



(Fortsetzung von Seite 2)

Die EU-Kommission ist durch den Beschluss des Wirtschaftsausschusses nun aufgefordert, zum Thema Finanztransaktionssteuer Stellung zu beziehen und weitere Schritte zu prüfen.

Steuerbetrug endlich wirksam bekämpfen

„Die EU-Mitgliedstaaten müssen ernst machen und Steuerbetrug endlich wirksamer bekämpfen“, fordert der SPD-Europaabgeordnete und Fraktionssprecher für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Dr. Udo Bullmann. Das sehen seine Kollegen im EU-Parlament genauso. Bei Abstimmungen über die Steuerpolitik der EU stellte sich eine breite Mehrheit daher hinter die Anträge der Sozialdemokraten für einen automatischen Austausch von Steuerinformationen in Europa. Der Beschluss des EU-Parlaments geht damit deutlich über die Vorschläge der G20-Staaten sowie der OECD hinaus, die einen Datenaustausch lediglich auf Nachfrage vorsehen.

„Wir fordern die Mitgliedstaaten nun bereits zum wiederholten Male auf, die Blockade bei Steuerfragen im Ministerrat zu überwinden. Angesichts leerer Staatskassen und geschätzter Verluste durch Steuerbetrug in der EU von über 200 Milliarden Euro pro Jahr sind mehr Transparenz und eine bessere Zusammenarbeit der Steuerbehörden dringend geboten“, stellt Bullmann klar. Bislang sträuben sich Österreich und Luxemburg jedoch im Ministerrat gegen eine Überarbeitung der Zinssteuerrichtlinie sowie ein weiterreichendes Kooperationsabkommen in Steuerfragen. „Wer Steuern durch Kapitalflucht

ins Ausland hinterzieht, darf sich in Zukunft nicht mehr hinter dem Bankgeheimnis verstecken dürfen. Hier geht es nicht um den Schutz der Privatsphäre, sondern um das berechnete Interesse der ehrlichen Steuerzahler“, so Bullmann. „Die EU-Mitgliedstaaten haben es in der Hand, der Steuerhinterziehung in Europa mit Hilfe des automatischen Informationsaustauschs einen Riegel vorzuschieben. Dies würde auch die europäische Verhandlungsposition gegenüber Steueroasen im EU-Ausland stärken.“

Nacktscanner kosten den Staat

Der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments hat sich mit großer Mehrheit für ein einheitlich europäisches Verfahren bei der Erhebung von Luftsicherheitsentgelten ausgesprochen. Damit wird auch geregelt, welche Kosten für Sicherheitsmaßnahmen auf den Ticketpreis aufgeschlagen werden dürfen und welche nicht.

„Der Ausschuss hat hier eine gute Entscheidung getroffen. Die Kosten für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen, die über die in der Europäischen Union allgemein festgelegten hinausgehen, müssen nun von den Mitgliedstaaten selber getragen werden“, begrüßte Knut Fleckenstein, Mitglied des Verkehrsausschusses, das Abstimmungsergebnis. Die Mitgliedstaaten können jederzeit verschärfte Kontrollen wie Nacktscanner einführen jedoch könnten sie die Kosten nun nicht mehr an die Passagiere weiterreichen, sondern müssten sie selber tragen. „Das wird hoffentlich dazu führen, dass wir weniger hektisch eingeführte Sicherheitsmaßnah-

men in nationalen Alleingängen bekommen werden“, so Knut Fleckenstein weiter.

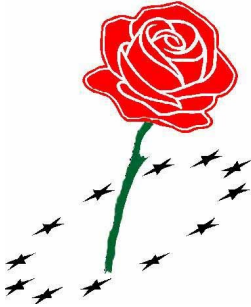
Solange es zum Beispiel keine einheitliche EU-Regelung zu Nacktscannern gibt, dürften die Mitgliedstaaten auf Grundlage dieser Richtlinie die Kosten dafür nicht einfach weiterreichen.

Keine Einbahnstraße

Nach der Veröffentlichung des Fortschrittsberichts der Europäischen Kommission zur Entwicklung der Türkei, hat heute das Europäische Parlament in Straßburg seinen eigenen Bericht mit großer Mehrheit angenommen. Das Parlament stimmt in vielen Punkten mit der Kommission überein, fordert jedoch im Gegensatz zur Kommission die sofortige Umsetzung des Ankara-Zusatzprotokolls und die Eröffnung des Energiekapitels. Die Unterzeichnung des Vertrages für die Nabucco-Gaspipeline wird zudem ausdrücklich begrüßt.

Wolfgang Kreissl-Dörfler, außenpolitischer Experte der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, ist mit dem Bericht zufrieden: „An manchen Stellen hätte ich mir eine ausgewogenere Beurteilung gewünscht, denn die Verhandlungen sind keine Einbahnstraße. Doch fest steht auch, dass die Türkei noch große Anstrengungen unternehmen muss, um die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen!“

Der SPD-Europaabgeordnete weiter: „Die Türkei muss vor allem eine Verfassungsreform einleiten und die Menschenrechte besser schützen und respektieren.“



Wegweiser Europa

Schutz vor bösen Überraschungen

Nutzer des mobilen Internets können sich auf Reisen im EU-Ausland ab sofort eine Höchstgrenze setzen, von der ab ihre Anbieter ihren Zugang automatisch unterbrechen müssen. Kunden müssen bei Interesse den Schutz-Mechanismus bis zum 1. Juli von sich aus bei ihrem Anbieter beantragen. Eine solche Obergrenze könnte zum Beispiel bei 50 Euro liegen. Das neue EU-Gesetz trat am 1. März in Kraft.

Der Nutzer erhält bei einer Reise in einen anderen EU-Staat beim Internet-Surfen auf dem Laptop oder dem Handy zunächst eine Warnung, wenn 80 Prozent der Deckelung erreicht sind; ist die Obergrenze erreicht, wird die Verbindung automatisch unterbrochen.

Die neue EU-Regel soll Verbraucher vor bösen Überraschungen bei ihrer Handy-Abrechnung schützen. So hatte beispielsweise ein Deutscher auf Reisen in Frankreich 2009 eine Rechnung von 46 000 Euro erhalten, nachdem er sich ein Fernsehprogramm heruntergeladen hatte.

Europaparlament und Mitgliedsstaaten hatten im Juni 2009 ein Bündel von Roaming-Gesetzen beschlossen. Darunter waren auch Maßnahmen gegen überhöhte Gebühren für SMS. Der Schutz vor „Schock-Rechnungen“ sei ein sinnvoller Schritt hin zu mehr Vertrauen der Verbraucher in den Nutzen

des mobilen Internets, sagte EU-Telekom-Kommissarin Neelie Kroes. „Dieses Vertrauen ist essenziell, wenn Verbraucher und Unternehmen das volle Potenzial des Internets ausschöpfen sollen.“

Terminhinweise

8. März

Was? Internationaler Frauentag

10. März

Was? Besuchergruppe Europa-Union Achern

Wo? Straßburg

10. März

Was? Besuchergruppe Schlossgymnasium Künzelsau

Wo? Straßburg

11. März

Was? Besuchergruppe Gymnasium Rottenburg

Wo? Straßburg

12.-13. März

Was? ASF Bundesvorstand

Wo? Gelsenkirchen

13. März, 12.30 Uhr

Was? Gleichstellung jetzt! Veranstaltung anlässlich des internationalen Frauentags

Wo? Gelsenkirchen, Wissenschaftspark

17. März, 18.15 Uhr

Was? Europakongress der kirchlichen Wohlfahrtsverbände

Wo? Stuttgart, Liederhalle

19. März, 19.00 Uhr

Was? Vortrag bei der VHS Frauenakademie

Wo? Mosbach, VHS Geschäftsstelle

22. März

Was? Betriebsräte- und Gewerkschafterkonferenz

Wo? Bochum

26. März

Was? Jubiläumsfeier der Städtepartnerschaft Mössingen - St. Julien-en-Genevois

Wo? Mössingen

28. März, 11.00 Uhr

Was? SPD Jahresempfang Ortsverein Künzelsau

Wo? Stadthalle Künzelsau

29. März, 19.00 Uhr

Was? Podiumsdiskussion Bürgerforum Schwäbisch Gmünd

Wo? Schwäbisch Gmünd

9. April, 13.00 Uhr

Was? LandFrauentag des KV Schwäbisch Hall

Wo? Hagenbachhalle SHA

Aufgelesen

„Kannst Du jetzt mal das Maul halten?“,

rief Parlamentspräsident Buzek mitten in der Sitzung dem nörgelnden Holocaust-Leugner Bruno Gollnisch zu.

Impressum

Redaktion: Peter Gebhardt und Wolfgang Ellsäßer

Europabüro
Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 0 79 40 – 5 91 22
Fax: 0 79 40 – 5 91 44
EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament
60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66
Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu

Die nächste Ausgabe erscheint am 15. April 2010.